

Wachsamer Solidarität

Zu: „Was hat soziale Ungleichheit mit dem Krieg zu tun?“, FR-Politik v. 12.2.

Der in Fragen Armutsbekämpfung verdienstvolle Professor Butterwege vergisst im Falle der Bedrohung durch Putins revisionistischen Imperialismus den Faktor Solidarität. Auch wenn zurzeit keine direkte Bedrohung Deutschlands erkennbar ist, sieht das für jene Staaten, die nach 1945 zum Einflussbereich der UdSSR gehörten, anders aus. Außer den baltische Staaten und Moldawien gehörten dazu auch die heutigen ostdeutschen Bundesländer!

Angesichts der „Überraschung“ vom 24. Februar 2022 sowie der weiterhin aggressiven Putin'schen Rhetorik mit dem Ziel Wiederherstellung des Status als Zarenreich oder Sowjetunion ist wachsamer Solidarität mit den im Visier befindlichen Russland-Anrainern dringend geboten, auch wenn das eigene Land (noch) nicht als Angriffsziel vorstellbar scheint.

Dieter Hartwig, Kiel

Mit geblähten Nüstern

Zu: „Schrottet die Karren, sprengt die Ketten!“, FR-Panorama v. 13.2.

Mit meinen 70 Jahren (als Stadtkind geboren und immer geblieben) bin ich glückliches Frauchen vom inzwischen dritten Hund aus dem Tierschutz, befördere Spinnen, Wespen ... per unter ein Glas geschobenes Papier in meinen Blumenkasten, zeigte eine Nachbarin an, deren Hund als einziges Tageslicht zum Geschäftchen-Machen den kleinen Balkon als „Auslauf“ hat, nehme als Vegetarierin ausschließlich tierische Produkte in Bildqualität zu mir usw.

Doch die Idee, in Karussells nachgebildete Tiere (meist Pferde) verbieten zu wollen, ist in meinen Augen absurd! Wie stolz war ich als Kind, auf einem Karussellpferd „reiten“ zu dürfen, wohl wissend, dass ich niemals ein echtes Pferd würde reiten können (Kosten, Stadt – siehe oben).

Wenn man alt genug ist, sich auf ein Karussellpferd setzen zu dürfen, erfreut man sich an der fantasievollen Gestaltung (prunkvolle Farben, geblähte Nüstern, stolze Haltung ...). Und solch eine kindliche Freude wollen Sie allen Ernstes verbieten?! Das ist lächerlich.

Dringend wichtig ist das Verbot des Reitens auf lebendigen Tieren (Kamele, Elefanten, Strauße, Ponys, die unentwegt im Kreis herumlaufen) – und was sich die Menschen zur „Touristenbelustigung“ sonst noch alles ausdenken mögen.

Darauf sollten Sie Ihren unterstützungswürdigen Einsatz im Sinne des Tierschutzes konzentrieren. Aber lassen Sie die Finger von den zum Teil jahrzehntealten, von Familie zu Familie vererbten Karussells!

Annette Briese, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht über das Erstarren der Rechten in den Betrieben mit dem Soziologen Prof. Klaus Dörre von der Universität Jena.

Montag, 19. Februar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert „Der Krieg in Gaza – wie kann man weitere Eskalationen verhindern?“

Mit Nicole Deitelhoff (Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung), Ruprecht Polenz (CDU) und Michael Roth (MdB, SPD). Livestream: youtube.com/hausamdom
Dienstag, 20. Februar, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Stephan Hebel diskutiert in der Reihe „Humor ist ...“ mit Redakteur Dietrich Krauß über die jüngste Folge der ZDF-Satiresendung „Die Anstalt“. Zu Beginn des Abends wird die Sendung gezeigt. Infos und Anmeldung unter: www.evangelische-akademie.de/kalender

Mittwoch, 21. Februar, 19.30 Uhr
Evangelische Akademie, Römerberg 9 Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Podiumsdiskussion „Wo brennt es? Wo wächst solidarischer Widerstand?“ mit Carla Reemtsma, „Fridays for Future“, dem Soziologen Klaus Dörre und der NGG-Gewerkschafterin Anna Langensiepen. Eintritt frei.
Samstag, 24. Februar 2024, 13 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Journalismus ist kein Verbrechen

Julian Assange: „Ein Mann, viele Gesichter“, FR-Magazin v. 15.2., und „Die dunkle Seite der Macht“, FR-Feuilleton v. 14.2.

Hier wird der Überbringer der Botschaft vernichtet

Wer möchte so enden wie Julian Assange? Vielleicht lebenslanglich in einem US-Gefängnis verschwinden. Julian Assange ist kein Verbrecher. Journalismus ist kein Verbrechen.

Ich finde es erschreckend, wie auch in unserer westlichen Welt die Pressefreiheit plötzlich gar nicht mehr so frei ist, wenn es um die sehr mächtigen Player unserer Hemisphäre geht: die Regierung und Geheimdienste der Vereinigten Staaten. Sie wollen mit ihren (Kriegs-)Verbrechen im Irak und in Guantanamo nicht konfrontiert werden und gehen dabei genauso menschenverachtend vor – gegen Julian Assange.

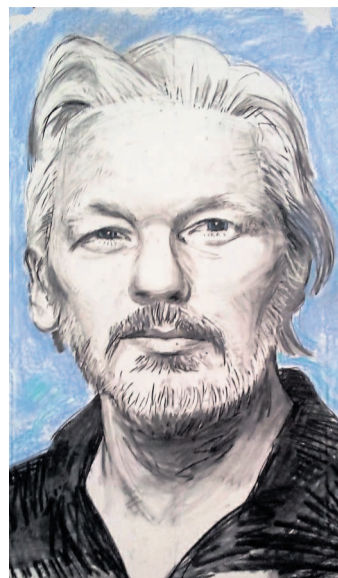
Wir alle sollten uns hinter die Forderung nach seiner Freilassung stellen und dies auch laut kundtun. Sollte Julian Assange an die USA ausgeliefert werden, muss das zwangsläufig alle Journalist:innen und alle Leser:innen bis ins Mark erschüttern. Denn das würde zeigen: Die Presse ist nur so frei, wie sie die wirklich Mächtigen nicht bloßstellt bzw. kritisch über sie berichtet. Über Kriegsverbrechen der Vereinigten Staaten muss genauso berichtet werden dürfen wie über Kriegsverbrechen von Russland oder der NS-Diktatur.

Wenn hier tatsächlich der Überbringer der Botschaft vernichtet wird statt die Beteiligten an Menschheitsverbrechen, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn wir irgendwann nur noch Hofberichterstattung zu lesen bekommen – wie in der DDR. Auch hier gilt: „Nie wieder“ ist jetzt!

Susanne Köhler, Frankfurt

Gewalt war stets probates Mittel der US-Außenpolitik

Jimmy Carter mag zwar immer einen auf fromm und freundlich gemacht haben, war aber genauso skrupellos wie seine Vorgän-



Julian Assange. SUSANNE KÖHLER

ger und Nachfolger, wenn es darum ging, Gewalt zur Durchsetzung von Interessen einzusetzen.

Als in Afghanistan die Kommunisten an die Macht kamen und den Mädchen Schulbildung ermöglichten und Zwangsheiraten verboten wurden, als versucht wurde, Land an Arme zu verteilen und die Macht des Klerus einzuschränken, als Frauen auch in akademischen Berufen Karriere machen konnten, gab es in den ländlichen Gebieten eine Opposition gegen diese fortschrittliche Politik. Und die USA unter Präsident Carter hatten nichts Besseres zu tun, als diese reaktionären Kräfte zu unterstützen. Diese mit mehreren Milliarden Dollar unterstützten Gruppen wurden später als Mudschaheddin berüchtigt.

Als dann die Sowjetunion in Afghanistan einmarschierte, um die Kommunisten zu unterstützen, freuten sich die USA, weil sie ihre Politik gegen die Sowjetunion verschärfen konnten (Erhöhung der Rüstungsausgaben).

Auf den Putsch im Iran, der zu Khomeini und dem heutigen Regime geführt hat, wird ja im Artikel hingewiesen.

Man sollte die USA hindern, in der internationalen Politik einen Mist nach dem anderen zu bauen.

Manfred Schulz, Herford

In der Tradition von Voltaire und Zola

Assange gehört geehrt als ein für uns alle vorbildlicher Journalist und Wahrheitsfinder. Schon die erste Anklage gegen ihn war ein Unrecht, die Gefangenschaft (eingekerkert in verschiedensten Formen seit zwölf Jahren) seiher auch ein Verstoß gegen die Menschenrechte, gegen korrekte Rechtsprechung und einen der Freiheit verpflichteten Journalismus.

Wahrheiten (unbequeme für die Herrschenden) können nur gegen den Willen derer, die sie verheimlichen, offenbar gemacht werden. Das setzt eine besondere Art der Wahrheitserforschung gegen die Wahrheitsverschleierer voraus. Das hat schon der große Voltaire im 18. Jahrhundert so formuliert. Und nach ihm sind in dieser Tradition zu sehen der Colonel Picquart und Émile Zola in der Affaire Dreyfus Ende des 19. Jahrhunderts. Alle als Helden in die Geschichte eingegangen. Assange gehört in diese Tradition der europäischen Aufklärung.

Die zwei Journalisten der Watergate-Affäre 1972 sind diesem Erbe verpflichtet und wurden in den USA mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet. Sie haben wie Voltaire, Picquart, Zola und Assange versteckte, anonyme und verbotene Quellen benutzt: Das war ihre Aufgabe, ihnen von ihrem Gewissen vorgeschrieben.

Eine Auslieferung von Assange an die USA (was ihn dort erwarten würde, ist nicht auszu-denken) wäre nicht nur ein Verbrechen mehr an ihm, sondern auch ein (britisches) Vergehen gegen die freiheitliche und aufklärerische Tradition Europas und Englands.

Hermann Hofer, Marburg

Das BSW ist starker Polemik ausgesetzt

Zu: „Die merkwürdige Friedenspartei der Sahara Wagenknecht“, FR-Politik vom 29. Januar

Die Art, wie das BSW die bekannte Persönlichkeit Wagenknecht als Zugpferd in den Vordergrund rückt, kann man für unsympathisch halten – ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber der Strategie anderer Parteien ist das aber nicht. Das Gleiche gilt für die Taktik, nach außen Geschlossenheit zu demonstrieren. Auch die Polemik von Wagenknecht, kann man für unappetitlich halten. Aber hallo, auch solche Polemik ist nun wirklich kein Alleinstellungsmerkmal in der politischen Auseinandersetzung! Wagenknecht selbst kann da gar nicht so viel austeilen, wie sie einstecken muss.

Frau Dankbars Artikel suggeriert, die genannten Muster seien nur dieser Partei eigen und nicht allgemeines Problem der derzeit praktizierten Demokratie. Diese verhindert eine sachliche Auseinandersetzung – und

Frau Dankbar reiht sich da mit ihrer Polemik sehr wohl ein.

Wie aussagekräftig ist das Ausspielen von Jung gegen Alt? Seit wann ist das (Angriffs-)Kriegsführen einzig und allein die Angelegenheit von Diktatoren und nicht sehr wohl auch von den Leuchttürmen der demokratisch organisierten Staaten? So wird suggeriert, Putin sei der Einzige, der keinen Frieden will. Die Nato ist alles andere als eine Versammlung von Friedenstauben, auch wenn die Nato-Unterstützerin Frau Strack-Zimmermann sich als „Friedenstreiberin“ bezeichnet. Beide Seiten kalkulieren mit strategischen Vorteilen, wenn sie weiter Krieg führen, anstatt den Kriegstillstand zu wollen. Die Propaganda dabei ist, sie täten es für die Menschen.

Zynisch und abwegig finde ich die Behauptung, die Ukrainer und Ukrainerinnen würden unsere Freiheit verteidigen. Darum müssten wir sie mit Waffen unterstützen. Gegen diesen Zynismus wendet sich Wagenknecht. Wer verbiegt hier die Wahrheit?

Es gibt genug Elementares, was man hinterfragen kann: Es gibt ja aus BSW-Kreisen Aussagen zur Flüchtlingspolitik. Wie lassen die sich mit der Geltung der Menschenrechte vereinbaren? Kann man die BSW-Haltung in dieser Frage kritisieren, wenn man die Regierungspolitik für akzeptabel hält? Zeigen die Äußerungen des BSW zur Klimafrage eine Alternative zur Regierungspolitik, die dem Problem gerecht wird? Gibt es Alternativen zu der inhaltlichen Profilarmut der etablierten Parteien?

Joachim Reinhardt, Hüttenberg